

Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung

KA
'85

RUND BRIEF 1

Dorotheenstr.20 · 5300 Bonn 1 · Tel. 0228 - 69 29 04

Aus dem Inhalt:

KA hat sich geeinigt

KA-Stellungnahme zu Genf

Adressenliste der KA-Organisationen

Aktionen im Frühjahr



Redaktion:

Herausgegeben vom Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung, Dorotheenstr. 20, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/69 29 04 von 14 – 18 Uhr.

Ulrich Frey, AGDF
Klaus Scherenberg, BBU
Arnfried Klörs, BUF
Gregor Witt, DFG/VK
Achim Maske, KoFAZ

Satz: Ingrid Horlemann
Layout: Arnfried Klörs

V.i.S.d.P.: Gerd Greune
Dorotheenstr. 20
5300 Bonn 1

Inhalt:

Koordinierungsausschuß hat sich geeinigt Ziel: Gemeinsam handeln	Seite 3
Beschluß des KA über die weitere Zusammenarbeit vom 14.12.84	Seite 5
Adressenliste des KA	Seite 7
Stellungnahme des KA zu den Genfer Verhandlungen	Seite 8
Aus den Organisationen	
Koordinationskreis „Verweigerung“	Seite 9
ASF/AGDF – BSV – BBU	Seite 10
DFG/VK – GHI – IKVU	Seite 11
VDS – VVN – DGB-Jugend	Seite 12
Ostermärsche	Seite 13
Aktionsbündnis gegen den Weltwirtschaftsgipfel	Seite 14

SPENDENAUFBRUF

Liebe Freundinnen und Freunde!

In den nächsten Monaten wollen wir die Grundlagen für unser gemeinsames Handeln schaffen. Dies kann nur gelingen, wenn möglichst viele Gruppen und Initiativen der Friedensbewegung in diesen Diskussionsprozeß einbezogen sind. Mit einem neuen Koordinierungsbüro, dem Rundbrief, inhaltlichen Readers und durch die Vorbereitung des „Großen Ratschlag“ usw. will der Koordinationsausschuß dies möglich machen.

Diese Arbeit kostet Geld! Und anders als früher haben wir vorerst keine Einnahmen aus Spenden und Materialverkauf im Zuge von Großaktionen. Auch wollen wir in jedem Fall unabhängig bleiben von Zuwendungen gesellschaftlicher Großorganisationen und unsere Basisfinanzierung ausbauen. Dies alles heißt: Weit mehr noch als früher brauchen wir jetzt Eure Unterstützung!

Deshalb: Wer immer an einer handlungsfähigen Friedensbewegung interessiert ist, wer an den inhaltlichen Diskussionen teilnehmen und Rundbriefe, Reader und alle sonstigen Informationen erhalten will, den bitten wir herzlich, den Unterstützungsabschnitt auszufüllen und baldmöglichst an uns zurückzuschicken.

Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung

Ziel: GEMEINSAM HANDELN

Der Bonner Koordinationsausschuß der Friedensbewegung setzt seine Arbeit in bekannter Zusammensetzung der 30 Organisationen fort! — Das ist die wichtigste Information, die wir Euch nach fast vier Monaten ohne Rundbrief vom Koordinationsausschuß (KA) mitteilen können. Nachdem in den Medien in der Zeit vor allem über Zerstrittenheit, Auflösungserscheinungen und ähnliche Schrecken berichtet wurde, steht jetzt fest, daß alle KA-Organisationen — einschließlich derer, die zeitweilig den Beobachterstatus einnahmen — wieder über eine gemeinsame Arbeitsperspektive verfügen.

Der vorliegende Rundbrief soll über die Beschlüsse, Festlegungen und Vorstellungen für die KA-Arbeit informieren. Ausgangspunkt für die nachfolgend dargestellten konkreten Schwerpunkte und Zielsetzungen war die KA-Sitzung am 14.12.1984, deren Beschlüsse wir im Anschluß an diesen Beitrag dokumentieren. Kernpunkt der Beratungen in den nächsten Monaten ist die Diskussion über Inhalte, Aktionsformen und friedenspolitische Strategien, um damit Grundlagen für weitere gemeinsame Handlungsmöglichkeiten zu schaffen. Dafür hat bisher die Kraft bei gleichzeitiger Vorbereitung großer Aktionen nicht ausgereicht — was viele von uns auch deshalb bedauert haben, weil zuletzt in den Herbstaktionen die politische Zuspitzung und Schwerpunktsetzung fehlte.

Unausgesprochen bestand im KA Einigkeit darüber, daß angesichts der gefährlichen Rüstungsentwicklungen eine handlungsfähige Friedensbewegung eine entscheidende Voraussetzung für eine Umkehr in der offiziell betriebenen Rüstungspolitik ist. Die Gruppen des KA brauchen dafür aber einen möglichst breit getragenen Konsens, der in intensiven Beratungen im KA und in den Friedensgruppen entwickelt werden muß. Der KA befaßt sich auf seinen nächsten Sitzungen schwerpunktmäßig mit solchen Themen, die wegen der laufenden bzw. anstehenden Regierungsentscheidungen eine klare Antwort erhalten müssen. Zugleich sollen Elemente einer europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik aus der Sicht des KA erarbeitet werden.

Politische Eckpunkte

Mitte Januar des Jahres trafen sich in Genf die Außenminister von USA und UdSSR. Sie vereinbarten Verhandlungen, die am 12. März begonnen haben, deren Ziel „die Ausarbeitung effektiver Übereinkünfte sein (soll), die auf die Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum und seine Beendigung auf der Erde“ gerichtet sind. Einbezogen sind Atomwaffen strategischer und mittlerer Reichweite sowie Weltraumwaffen. Es zeigt sich bereits, daß die amerikanische Regierung mit ihrer „Strategischen Verteidigungsinitiative“ — volkstümlich „Krieg der Sterne“ — und der Stationierung erstschlagfähiger „MX“-Interkontinentalraketen praktische Schritte in die entgegengesetzte Richtung unternimmt. Und auch die Bundesregierung wertet das Genfer Treffen als Bestätigung ihrer Stationierungspolitik und will die Verhandlungen mit fortgesetzter und beschleunigter Raketenstationierung „begleiten“.

Die Bundesregierung hat im Herbst vergangenen Jahres mit der Bundeswehrplanung 1985—1997 die Beschaffung gerade solcher Waffensysteme beschlossen, die für die Umsetzung des US-Kriegsführungskonzeptes AirLand-Battle geeignet sind. Die nach offiziellen Angaben rund 240 Mrd. Mark folgen nach Auskunft des Verteidigungsministeriums der von der NATO Ende 1984 beschlossenen Planungsrichtlinie für die Bekämpfung der Folgestaffeln (nach dem Englischen abgekürzt: FOFA). FOFA ist aber nichts anderes als der „Schlag in die Tiefe“ in der AirLand-Battle-Doktrin! Kurz vor der parlamentarischen Sommerpause beginnen in den Haushaltsausschüssen die Beratungen über den Bundeshaushalt 1986. Dann wird die Frage stehen, ob die Bundesrepublik weiter zum AirLand-Battle-gemäßen Kriegsschauplatz aufgerüstet wird, und ob dann in den nächsten 12 Jahren tatsächlich etwa 1 000 Mrd. Mark (nach realistischeren Schätzungen) für Rüstung statt für sozial nützliche und ökologisch sinnvolle Zwecke ausgegeben werden.

Anfang Mai soll eine Tagung der Westeuropäischen Union (WEU) nach Ansicht der Bundesregierung weitere Festlegungen darüber treffen, wie die westeuropäischen Staaten einschließlich Frankreichs ihre Rüstungszusammenarbeit voranbringen, um bei konventionellen Waffen und im Weltraum ihren Beitrag zum NATO-Aufrüstungskurs zu leisten. Wenn die Bundesregierung die WEU als Instrument für eine „europäische Säule“ in der NATO bezeichnet, so hat sie mindestens in einem Sinne recht: die WEU wird damit ein Instrument zu mehr Rüstung und damit mehr Konfrontation in Europa — d.h. zu größerer Unsicherheit und zusätzlichen Spannungen zwischen Ost und West.

Beratungsthemen und -termine

Der KA hat sich bei der Festlegung der Beratungsthemen an diesen politischen Eckpfeilern orientiert. Die Termine wurden zugleich so gelegt, daß es möglich ist, die Diskussionsergebnisse z.B. in Form von Presseerklärungen und Pressekonferenzen in laufende Entscheidungsprozesse und öffentliche Auseinandersetzungen einzubringen.

- **Genfer Verhandlungen.** KA-Sitzung, Termin: 1. März. Auf dieser Sitzung will der KA auch über den 40. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg am 8. Mai diskutieren.
- **Westeuropäische Union (WEU).** KA-Sitzung: 12. April
- **Bundeswehrplanung und Rüstungshaushalt.** KA-Sitzung: 10./11. Mai. Gleichzeitig Überprüfung und Bewertung der bis dahin erzielten Diskussionsergebnisse.
- **Weltraumrüstung.** KA-Sitzung: 31. Mai.

Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung

Auf jeder Sitzung sollen zu den genannten Themen die Schlußfolgerungen zur politischen Arbeit und zum Handeln der Friedensbewegung gezogen werden. Die Sitzung am 10./11. Mai hat zugleich die Funktion, die erreichte Übereinstimmung zu überprüfen und zu beraten, ob sie eine tragfähige Grundlage für gemeinsame Aktionen ist und ob der Herbst ein geeigneter Zeitpunkt für Aktionen ist. (Im November stehen in den Niederlanden Parlamentsentscheidungen über die Stationierung von Cruise Missiles an; außerdem sollen 1986 die ersten Marschflugkörper nach dem Willen der Bundesregierung auch in unserem Lande aufgestellt werden.)

Friedenspolitischer „Großer Ratsschlag“ vor der Sommerpause

Am 16./17. Juni soll ein bundesweiter friedenspolitischer „Großer Ratsschlag“ die gelaufene Strategiediskussion in der Friedensbewegung im ganzen Lande bewerten und die neuentwickelte Übereinstimmung festhalten. Außerdem sollen Schlußfolgerungen für das weitere Handeln gezogen werden. Der „Große Ratsschlag“ soll einer intensiven inhaltlichen Diskussion dienen und ist insofern keine traditionelle Aktionskonferenz. Der Termin vor der Sommerpause wurde gewählt, damit Zeit bleibt für eine sachliche und verantwortliche Diskussion über Aktionsmöglichkeiten im Herbst.

Rundbrief/Reader

Zur Information der Friedensgruppen über die Beratungen des KA und als Material für ihre Diskussionen erstellt der KA Rundbriefe. Ausführlich sollen die Diskussionen und Beratungsergebnisse zu den genannten Themen wiedergegeben werden. Themen, zu denen es in der Friedensbewegung besonders kontroverse Positionen gibt, sollen ausführlicher behandelt werden. Die Veröffentlichung von Rundbriefen bzw. Readern soll jeweils nach den KA-Sitzungen erfolgen, auf denen die Themen beraten wurden. Zur Vorbereitung der Strategiekonferenz ist zudem die Herausgabe eines eigenen Readers geplant. Als Redaktion werden jeweils die das Thema vorbereitenden Arbeitsgruppen tätig. Organisatorisch und technisch erfolgt die Bearbeitung durch das KA-Büro.

Die in den letzten Monaten eingegangenen Briefe zur Diskussion im und um den KA sowie Anfragen aller Art sind zwar gesichtet, aber nicht beantwortet worden, und erhalten mit diesem Rundbrief hoffentlich die gewünschte Antwort.

KA-Büro

Der KA hat ein neues Büro eingerichtet, das mehrere Funktionen hat: es soll die Kommunikation innerhalb des KA sicherstellen, es soll den Rundbrief technisch und organisatorisch erstellen helfen und verschicken, es soll den „Großen Ratsschlag“ im Juni vorbereiten und nicht zuletzt für Anfragen bzw. als Kontaktstelle für Friedensgruppen zur Verfügung stehen. Anfangs wird dort eine Halbtagskraft arbeiten. Sobald durch eure Unterstützung die finanziellen Mittel ausreichen, soll die Besetzung erweitert werden.

Selbst bei sparsamster Verwendung der Gelder wird anfangs unser Anspruch nicht optimal zu verwirklichen sein. Das bedeutet z. B., daß nicht alle eingehenden Anfragen vom KA-Büro selbst erledigt werden können, sondern spezielle Anfragen, die den KA nicht direkt betreffen, an einzelne KA-Organisationen zur Beantwortung weitergegeben werden. Eine Arbeitsgruppe des KA betreut und unterstützt das KA-Büro.

Die Finanzierung des Büros und der von dort geleisteten Arbeiten ist für uns — da wir von keiner Seite das große Geld erwarten können und vor allem finanziell unabhängig bleiben wollen — nur durch Spenden der mehrere tausend Friedensgruppen im Lande möglich. Wir bitten deshalb alle Friedensgruppen um eine jährliche Spende von mindestens 50,— DM, damit wir die inhaltlichen Beratungen — insbesondere über die Rundbriefe und den geplanten „Großen Ratsschlag“ — mit euch gemeinsam durchführen können. Dadurch schaffen wir uns die erforderlichen Voraussetzungen, um inhaltlich-politische Grundlagen für neue gemeinsame Aktionen zu entwickeln.

Mit den von der KA-Sitzung am 1.2.85 festgelegten Konkretisierungen der Beschlüsse vom 14.12.84 hat der KA seine Fähigkeit zur Zusammenarbeit bewahrt und bewiesen, daß die Gemeinsamkeiten der beteiligten Organisationen größer sind als die politischen Unterschiede und Meinungsverschiedenheiten. Übereinstimmung bestand im KA in der Zielsetzung, mit der Strategiediskussion wieder zu gemeinsamer Handlungsfähigkeit der Friedensbewegung zu kommen. Es kann nicht überraschen, daß der Weg dahin bei den im Kreis der 30 Organisationen und Gruppen vorhandenen Meinungen kontrovers und manchmal auch mit Spannungen verbunden war. Die politischen Gegner der Friedensbewegung, die verfrüht frohlockten und glaubten, nunmehr unbeschadet der Kritik der Friedensbewegung ihre Aufrüstungspolitik betreiben zu können, müssen weiter mit der Friedensbewegung als politischem Faktor rechnen. Sie arbeitet in tausenden Gruppen überall im Land: lokal, regional und bundesweit. Sie arbeitet an der Entwicklung und Durchsetzung von Alternativen zur herrschenden „Unsicherheitspolitik“. Sie will die gewonnene Zustimmung zu ihren Zielen und Forderungen in der Bevölkerung ausbauen. Der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung wird dazu seinen Beitrag leisten.

AGDF — BBU — DFG/VK — KoFAZ

Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung

Beschluß des Koordinierungsausschusses über die weitere Zusammenarbeit vom 14. Dezember 1984

1. Grundsatzbeschluß

Die Mitgliedsorganisationen des Koordinierungsausschusses sind fest entschlossen, ihre Arbeit unter Einbeziehung des gesamten bisherigen politischen Spektrums fortzusetzen. Angesichts des fortgesetzten Wettrüstens und insbesondere der weiteren Aufrüstungsmaßnahmen und der neuen militärischen Planung der Bundesregierung und der NATO erklären die Organisationen des KA: WIR MACHEN GEMEINSAM WEITER!

2. Die Erfahrungen der letzten Monate und insbesondere des „Friedensherbstes 1984“ haben die Notwendigkeit einer intensiven Diskussion als Beratungsphase innerhalb der Friedensbewegung über Inhalte, Aktionsformen und friedenspolitische Strategien deutlich gemacht. Gleichzeitig geht es uns auch darum, einen Beitrag für die lokale, regionale und berufsspezifische Stärkung der Friedensbewegung zu leisten. Dies wird den außerparlamentarischen und parteiunabhängigen Charakter — personell, finanziell, institutionell — der Friedensbewegung stärken. In diesem Sinne teilen wir die auf der letzten Sitzung von den acht Organisationen vorgetragenen Argumente für einen neuen Impuls aus den eigenen Reihen.

3. Die Reaktionen von vielen Friedensgruppen haben in den letzten Wochen deutlich gemacht, daß wir auch weiterhin eine zentrale Anlaufstelle für Anfragen aus dem In- und Ausland brauchen. Wir begrüßen, daß die acht Organisationen in der nach dem 26.11. ausgedrückten Präzisierung ihres Antrages ebenfalls den Wunsch nach einer gemeinsamen Adresse teilen können.

4. Die Geschäftsführung des KA beendet ihre Aufgabe mit dem Abschluß der Finanzen am 31.1.1985. Das Büro in der Estermannstraße wird aus Kostengründen aufgelöst. Um die Kommunikation innerhalb der Friedensbewegung sicherzustellen, eine offene Diskussion zu ermöglichen, um praktische Hilfe in Form von Auskünften, Beratung, Materialien und Informationen und einen Rundbrief als pluralistisches Informations- und Diskussionsorgan zu gewährleisten wird eine neue Kontaktstelle in Bonn eingerichtet, die räumlich der veränderten Situation angepaßt sein muß. Die Modalitäten u. a. für die Besetzung werden auf der nächsten Sitzung geklärt.

5. Der KA tritt in Zukunft mindestens alle 6 Wochen zusammen. Das Schwerpunktthema der Diskussion wird jeweils für die nächste Sitzung festgelegt. Zu Beginn der Sitzung wird jeweils für eine Stunde Gelegenheit gegeben, gegenseitig über Diskussionsprozesse in den eigenen Organisationen zu berichten. Für die Umsetzung der o. g. Aufgaben, insbesondere für die Einladung des KA, die Kontrolle der Finanzen und die Zusammenstellung der Materialien benötigen wir eine jeweils vom KA bis zur nächsten Sitzung einzusetzende Arbeitsgruppe.

6. Der KA tritt im Jahre 1985 in eine Beratungsphase. Während dieser Beratungsphase beschließt der KA keine Aktionen oder Aktionskonferenzen, es sei denn, aufgrund der Ergebnisse der inhaltlichen Beratungen ergibt sich die Notwendigkeit und Möglichkeit für gemeinsame erfolgreiche Aktionskonferenzen oder Aktionen. Für 1985 und in der Zeit danach entscheidet der KA

über Aktionen und politische Stellungnahmen grundsätzlich nach Konsens. Ist der Konsens nicht zu erzielen, entscheidet der KA nach folgendem Quorum: Ein Antrag ist angenommen, wenn er die Mehrheit der Mitglieder des KA hat und gleichzeitig nicht mehr als 15 % des KA dagegen sind. Dieses Quorum gilt für die Beratungsphase im Jahre 1985 auch für alle Beschlüsse, die zu Beratungen über Aktionen führen.

7. Wir sind der Überzeugung, daß nach einer ersten Phase der Diskussion in den eigenen Reihen über Inhalte und Strategien und längerfristige Perspektiven der Friedensbewegung das Bedürfnis nach einem bundesweiten Friedenstreffen wachsen wird. Der KA lädt deshalb vor der Sommerpause zu einer Strategiekonferenz „Großer Ratschlag der Friedensbewegung“ ein. Die Kosten werden durch Teilnehmer/-innen-Beiträge gedeckt.

8. Der KA bekräftigt die politische Notwendigkeit der gemeinsamen Weiterarbeit angesichts der zunehmenden Militarisierung. Die Bereitschaft, nationale und internationale Konflikte nicht mit militärischen Mitteln zu lösen, kann nur von unten wachsen und durchgesetzt werden. Wir gehen davon aus, mit dem heutigen Beschluß die Voraussetzung für eine gemeinsame Weiterarbeit aller Organisationen geschaffen zu haben.

Weitere Beschlüsse:

1. Die geschäftsführenden Organisationen des KA werden beauftragt, alle Friedensgruppen umfassend über den Diskussionsprozeß und die Beschlüsse der letzten beiden KA-Sitzungen zu informieren. Gleichzeitig werden alle KA-Organisationen gebeten, für den nächsten Rundbrief eine Materialliste ihrer friedenspolitischen Publikationen zu erstellen, die an alle Gruppen mitverschickt werden kann.

2. Der Rundbrief enthält darüber hinaus folgende Punkte:
— Aufforderung an die Gruppen, über ihre lokale und regionale Arbeit zu berichten, damit der KA-Rundbrief zu einem wirklichen Informationsaustausch von der Bewegung für die Bewegung werden kann;
— einen Hinweis auf das geplante Friedenstreffen;
— Hinweise über die zukünftige Funktion des Rundbriefes (z. B. Konsens und Dissens zu Positionen und Strategien der Mitgliedsorganisationen des KA).

3. Das Koordinierungsbüro hat folgende Aufgaben:
— Versand von Informationsmaterial des KA;
— Bei Anfragen, die nicht durch den Versand von Infomaterial beantwortet werden können, wird das Büro die Organisationen, die eine KA-Sitzung vorbereiten, zu Rate ziehen;
— Versand des Rundbriefes, der spätestens 14 Tage nach der KA-Sitzung verschickt und redaktionell von den Organisationen, die eine KA-Sitzung vorbereiten, gestaltet wird.
— Einladung zu den KA Sitzungen
— Einladung zum bundesweiten Treffen
— Kongreßvorbereitung

Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung

Uns ist klar, daß diese Aufgaben nicht durchweg von einer Person bzw. zwei Halbtagsstellen bewältigt werden können. Beim Versand des Rundbriefes (heften, stempeln, frankieren, etc.) werden Personen verschiedener Organisationen die Arbeit des Büros ehrenamtlich unterstützen.

Diskussionsthemen der nächsten KA-Sitzungen sind u. a.:

1. Stopp und Abbau von Pershing II und Cruise Missiles und Abschaffung der ABC-Waffen.
2. WEU und Konventionalisierung/Militarisierung/Airland Battle/Rogers-Plan/Bundeswehrplan

3. Raus aus der NATO — Schlagwort oder politikfähig?

4. Friedensbewegung: Wasserträger der Parteien oder eigenständige gesellschaftliche Kraft? Eigenständige Positionen der Friedensbewegung gegenüber Parteien und Möglichkeiten der Durchsetzung

5. Ost-West-Dialog: Entspannung contra Solidarität?

6. Friedensbewegung/Solidaritätsbewegung/Dritte Welt



Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung

Adressenliste aller KA-Organisationen

Aktionsgemeinschaft Dienst
für den Frieden (AGDF)
Blücherstr. 14
5300 Bonn 1

Aktion Sühnezeichen /
Friedensdienste (AS/F)
Jebenstr. 1
1000 Berlin 12

 Anstiftung der Frauen für den Frieden
c/o Eva Quistop
bei Christ
Knesebeckstr. 86—87
1000 Berlin 12

Arbeitsgemeinschaft sozial-
demokratischer Frauen (AsF)
Ollenhauerstr. 1
5300 Bonn 1

Bundeskonzferenz
Unabhängiger Friedensgruppen
c/o Friedensladen Kassel
Bodelschwinghstr. 13
3500 Kassel

Bundeskongreß entwicklungs-
politischer Aktionsgruppen
Nernstweg 32—34
2000 Hamburg 50

 Bundeschülervertretung
Friedrichstr. 61 a
4000 Düsseldorf 1

Bundesverband Bürgerinitia-
tiven Umweltschutz (BBU)
Friedrich-Ebert-Allee 120
5300 Bonn 1

Demokratische Sozialisten
c/o Peter Brollik
Kaarster Str. 200
4040 Neuss 1

Deutsche Friedensgesellschaft —
Vereinigte Kriegsdienstgegner
— Bundesgeschäftsstelle —
Schwanenstr. 16
5620 Velbert 1

Evangelische Studentengemeinde
c/o Paul Oppenheim
Blücherstr. 43
5300 Bonn 1

SJD „Die Falken“
— Bundesvorstand —
Kaiserstr. 27
5300 Bonn 1

Förderung gewaltfreier
Aktionsgruppen (FÖGA)
Rotestr. 40
3400 Göttingen

Frauen in die Bundeswehr? —
Wir sagen Nein!
c/o Mechthild Jansen
Luxemburgerstr. 186
5000 Köln 41

Die Grünen
— Bundesgeschäftsstelle —
Colmantstr. 36
5300 Bonn 1

Gustav-Heinemann-Initiative
c/o Gerd Pflaumer
Rosenweg 62
5357 Buschhoven

Initiative für Internationalen
Ausgleich und Sicherheit (IFIAS)
Postf. 2280
5300 Bonn 1

Initiative Kirche von unten
Oskar-Romero-Haus
Heerstr. 205
5300 Bonn 1

Deutsche Jungdemokraten
— Bundesvorstand —
Reuterstr. 44
5300 Bonn 1

Jungsozialisten in der SPD
— Bundesvorstand —
Ollenhauerstr. 1
5300 Bonn 1

Komitee für Frieden, Ab-
rüstung und Zusammenarbeit
(KOFÄZ)
Gottesweg 52
5000 Köln 51

Komitee für Grundrechte und
Demokratie
An der Gasse 1
6121 Sensbachtal

Koordinationsstelle Ziviler
Ungehorsam
Bodelschwinghstr. 13
3500 Kassel

Liberalen Demokraten
c/o Jungdemokraten
Reuterstr. 44
5300 Bonn 1

Ohne Rüstung Leben
Kornbergerstr. 32
7000 Stuttgart 1

Pax Christi
Windmühlenstr. 2
6000 Frankfurt 1

Sozialistische Deutsche
Arbeiterjugend (SDAJ)
— Bundesvorstand —
Asselner Hellweg 106 a
4600 Dortmund 13

Vereinigte Deutsche Studen-
tenschaften (VDS)
Kaiserstr. 71
5300 Bonn 1

Vereinigung der Verfolgten
des Naziregimes/Bund der
Antifaschisten (VVN/BdA)
Rossertstr. 4
6000 Frankfurt 1

DGB-Bundesvorstand
— Abt. Jugend —
Hans-Böckler-Str. 39
Postfach 2601
4000 Düsseldorf 30

Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung

Koordinierungsschuß der Friedensbewegung warnt vor Illusionen in Genf

Der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung warnt vor der Gefahr, daß die Genfer Gespräche von Bundesregierung und NATO dazu benutzt werden, neue und destabilisierende Aufrüstungsmaßnahmen zu verschleiern.

Niemand sollte sich Illusionen über die Erfolgsaussichten der Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen, strategische Waffen und das Wettrüsten im Weltraum machen, die am 12. März 1985 in Genf beginnen sollen, warnt der Koordinierungsausschuß, Veranstalter überregionaler Aktionen der Friedensbewegung in den letzten Jahren.

Als symptomatisch und geradezu selbstmörderisch sieht der Koordinierungsausschuß die Haltung der Bundesregierung an, angesichts der begonnenen Gespräche „nun erst recht“ weitere Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu stationieren und die Reagan-Administration bei ihrem Weltraum-Rüstungsprogramm zu unterstützen.

Die Bundesregierung hat zwar nicht die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung zu ihrer Aufrüstungspolitik; aber ohne öffentlichen Druck und ohne das Eingreifen der Friedensbewegung wird sich die Regierungspolitik nicht ändern.

Weitere Aufrüstung wird weiteren Widerstand provozieren.

Die Friedensbewegung hatte bereits den Mißerfolg der Genfer Verhandlungen 1981 bis 1983 über Mittelstreckenraketen und strategische Waffen vorhergesagt: Und tatsächlich hat die Aufstellung einer neuen Generation von atomaren Mittelstreckenwaffen der NATO (Pershing II und Cruise Missiles) begonnen. Nachdem die NATO ein Stationierungsmoratorium abgelehnt hatte, waren nach Beendigung der Verhandlungen mehr SS-20 stationiert als vorher. Darüber hinaus hat die UdSSR mit „Gegenmaßnahmen“ in der DDR und in der CSSR geantwortet.

Die erklärte Absicht der US-Administration wiederum ohne Rücksicht auf das Ergebnis der Genfer Gespräche das Forschungsprogramm für eine „Strategische Verteidigungsinitiative“ (SDI) im Weltraum zur Vernichtung gegnerischer Satelliten und Raketen fortzusetzen, läuft darauf hinaus, den USA eine Erstschlagsfähigkeit zu sichern.

Das fortgesetzte Wettrüsten und insbesondere die Weigerung eines Teils der Atommächte, einen umfassenden Teststopp für Atomsprenköpfe zu vereinbaren, gefährdet den Atomwaffen-Sperrvertrag, der schon heute unterlaufen wird, und ermuntert zur weiteren Verbreitung von Atomwaffen.

Die Entwicklung tendiert zu noch kostenintensiveren und noch gefährlicheren Rüstungsprogrammen. Die politische Situation droht so instabil zu werden, daß Verhandlungen ohne Chance sind.

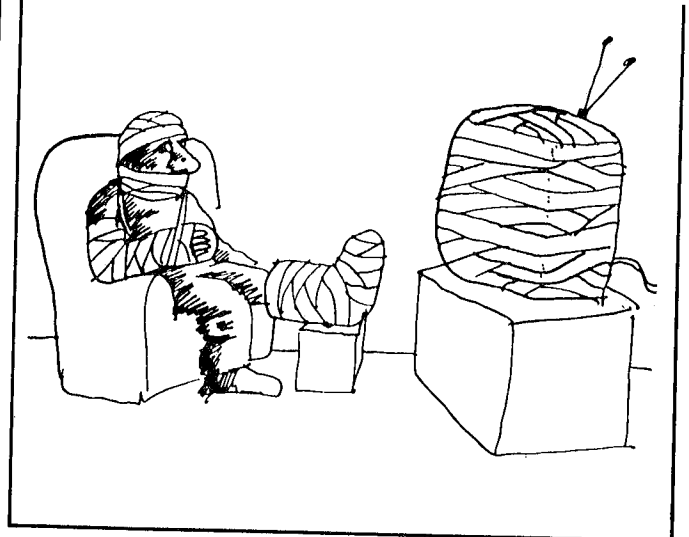
Die Friedensbewegung befürchtet, daß die neuen Genfer „Verhandlungen“ nach kurzer Zeit, bestenfalls nach längerer Dauer, mit dem Ergebnis eines neuen Rüstungswettlaufes enden. Das überhaupt Gespräche zwischen den Großmächten stattfinden, ist kein Beweis mehr für die Richtigkeit des Konzeptes, Abrüstung allein durch Verhandlungen (Rüstungskontrolle) erreichen zu können: **Verhandeln und Weiterrüsten sind unvereinbare Gegensätze!**

Die neuen Verhandlungen in Genf drohen unter anderem aus folgenden Gründen zu scheitern:

- a) Die USA und die UdSSR gehen mit unvereinbaren Interessen und Konzepten nach Genf. Zum Beispiel lehnen die USA einen Rüstungsstopp während der Verhandlungen ab.
- b) Die „alten“ Genfer Probleme (Mittelstreckenraketen, strategische Waffen) werden potenziert durch das Problem der Weltraumwaffen.
- c) Europäische NATO-Staaten betreiben eigene Aufrüstungsmaßnahmen: Beteiligung an der US-Weltraumrüstung, atomare Rüstungsprogramme Großbritanniens und Frankreichs, offensive konventionelle Rüstungsprogramme.

Wenn die gemeinsame Absichtserklärung der Außenminister Gromyko und Shultz zu den neuen Verhandlungen in Genf ernst gemeint sein sollen, müssen vor allem folgende Bedingungen erfüllt sein. Der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung fordert deshalb sofortige und unabhängige Schritte zum Anhalten des Wettrüstens:

1. Stationierungsstopp und Abbau von Atomwaffen in ganz Europa (vor allem Pershing II, Cruise Missiles, SS-20, SS-22 und SS-23).
2. Test- und Stationierungsstopp für Atomwaffen und Weltraumwaffen, Beendigung der Forschungsprogramme für Weltraumwaffen.
3. Das Einfrieren und der Abbau der Atomwaffen darf nicht durch neue Waffentechnologien und chemische Waffen kompensiert werden.
4. Eigenständiger Abbau der in der Bundesrepublik stationierten Atomraketen und atomaren Gefechtsfeldwaffen.
5. In den Niederlanden dürfen keine Cruise Missiles stationiert werden.
6. Die Atomwaffen-Entwicklungen in Frankreich und Großbritannien müssen eingefroren werden.



Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung

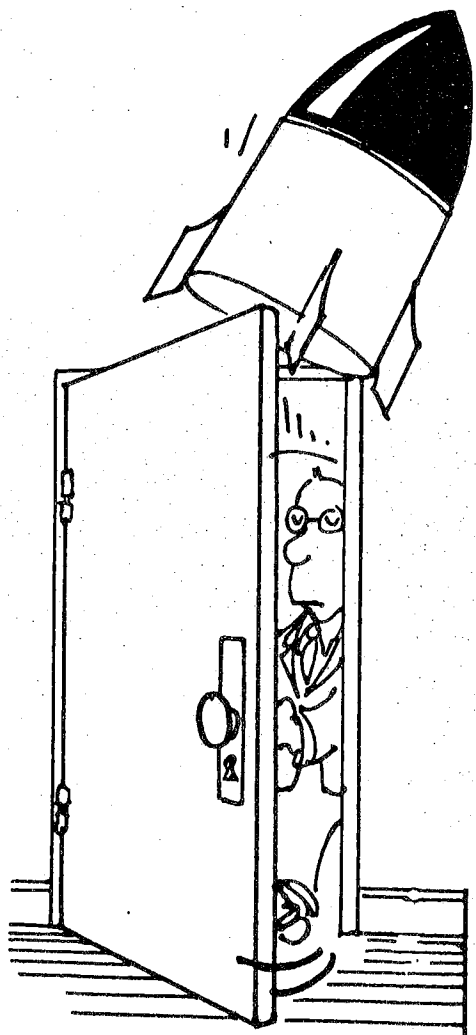
nach Redaktionsschluß eingegangen:

Erklärung des Koordinierungsausschusses zum 8. Mai

Der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung erinnert an die Lehre des 8. Mai 1945, daß nie mehr von deutschem Boden ein Krieg ausgehen darf und fordert von der Bundesregierung, die Stationierung der Pershing II in unserem Lande zu stoppen und alles zu tun, daß die bereits stationierten Raketen wieder abgebaut werden.

Die Ereignisse des 8. Mai 1945 liegen für uns weit zurück, doch die Folgen prägen auch unsere Gegenwart. Wir wissen, daß, wer ein Erbe antritt, auch die Schuldigkeiten übernehmen muß. Gerade deutsche Politik trägt deshalb eine besondere Verantwortung.

Die Friedensbewegung erhebt ihre Stimme, da heute – 40 Jahre später – ein Krieg von deutschem Boden aus wieder möglich erscheint.



Im Gedenken an

- die Millionen Opfer des Krieges
- die Millionen, die in den Vernichtungslagern umgebracht wurden
- die Opfer des Widerstands, in den Zuchthäusern, in den Konzentrationslagern, im Exil

Im Wissen darum

- daß der Nationalsozialismus nicht nur die Tat einiger weniger war, sondern das Werk vieler, die sich der nationalsozialistischen Ideologie untergeordnet haben
- daß zu wenige aktiv Widerstand geleistet haben
- daß der Krieg Hitlers gegen die Völker Osteuropas ein geplanter Massenmord mit dem Ziel war, die Bevölkerung zu versklaven und zu vernichten
- daß Auschwitz und die vielen anderen Orte des Grauens und der systematischen Ausrottung des europäischen Judentums, der Sinti, der Homosexuellen, der politischen Opposition und der Völker Osteuropas möglich wurden durch die verbrecherische Rassenlehre, durch die Vorstellung vom Herrenmenschen gepaart mit der Bereitschaft, Menschen zu erniedrigen und zu töten
- daß der Vernichtungskrieg der Nationalsozialisten nicht möglich gewesen wäre ohne das Zusammenwirken von faschistischem Denken, Militarismus und wirtschaftlichen Interessen

Im Bewußtsein

- daß nach dem 8. Mai 1945 ein weitgehender Konsens zwischen allen Teilen der Bevölkerung in Deutschland „Nie wieder Krieg“ bestand
- daß die Bundesrepublik Deutschland sich verpflichtet hat, sich niemals wieder an der Vorbereitung eines Angriffskrieges zu beteiligen und diese Absicht im Grundgesetz verankert ist
- daß aber Europabegeisterung, Bündnistreue und Antikommunismus für die Mehrheit das Nachdenken über die eigene Geschichte ersetzen

Stellen wir fest

- daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Stationierung von Waffen auf deutschem Boden zugestimmt hat, die eine erhöhte Bedrohung der Staaten des Warschauer Paktes darstellen und den Rüstungswettlauf zusätzlich verschärfen
- daß sie sich mit der Annahme des Rogers-Planes und der faktischen Zustimmung zum Air-Land-Battle Konzept an Doktrinen zur erhöhten Kriegsführungsfähigkeit beteiligt
- daß sie sich mit der Unterstützung des Weltraumrüstungsprogramms der USA an einer Politik beteiligt, die einen atomaren Krieg führbar und gewinnbar machen will
- daß sie sich an Diskussionen um die deutschen Ostgrenzen beteiligt und damit bestehende Verträge und Ansätze einer Politik der Versöhnung in Frage stellt

Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung

- daß sie sich innerhalb der NATO an einer Politik gegenüber der Dritten Welt beteiligt, die die Hälfte der Menschheit in Hunger und Elend hält
- daß sie dort, wo Befreiungsbewegungen für ihre sozialen und politischen Rechte kämpfen, die militärische Unterdrückung durch Diktaturen und die Kriegspolitik der USA, wie in Mittelamerika, Südafrika, Indonesien und anderswo, unterstützt
- daß bundesdeutsche Konzerne wie Flick und Siemens, die auch Rüstungsgüter für das NS-Regime erstellten, heute Waffen in die Krisen- und Kriegsgebiete der Dritten Welt exportieren

Erinnern wir und bekräftigen

- nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen
- nie wieder dürfen Nationalsozialismus und Militarismus stark werden
- es gibt keine Alternative zum friedlichen Zusammenleben der Völker
- es ist die besondere Verantwortung der Bundesrepublik, dazu beizutragen, daß die Staaten und Völker Osteuropas nie wieder erleben müssen, daß ihre Grenzen in Frage gestellt werden
- durch deutsche Politik darf in Ländern Osteuropas nie wieder Kriegsangst entstehen

Kämpfen wir

- für eine Politik des Friedens, der Zusammenarbeit, der Versöhnung und der Einhaltung von Verträgen
- für den Stop der Stationierung und den Abbau der bereits stationierten Mittelstreckenraketen und gegen den Einstieg in neue offensive Militärdoktrinen
- für den Stop und die Senkung des Rüstungshaushalts
- für eine atomwaffenfreie Zone in Europa
- für die Erhaltung der demokratischen Rechte und Freiheiten
- für eine Gesellschaft ohne Gewalt und Unterdrückung
- gegen die wachsende Ausländerfeindlichkeit und den Neofaschismus

Setzen wir uns ein

- für die Anerkennung der bestehenden Grenzen und die Souveränität aller Staaten in Europa, für die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR. Sowohl die DDR als souveräner Staat als auch die Volksrepublik Polen mit ihrer Westgrenze dürfen nicht in Frage gestellt werden
- zu einer Politik der gemeinsamen Sicherheit und Versöhnung zwischen den Völkern West- und Osteuropas
- zur Bemühung um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, die der Versklavung und Ausbeutung anderer Völker ein Ende setzt.

Bonn, den 3. April 1985

**DER KOORDINIERUNGSAUSSCHUSS
DER FRIEDENSBEWEGUNG**



Aus den KA-Organisationen

3. / 4. Mai:

Für eine Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Intervention

AUF ZUM GIPFEL!!

Vom 2.-4. Mai werden sieben Regierungschefs in Bonn darüber beraten, wie sie die Welt weiterhin in ihrem Sinne lenken und gestalten können. Sie tun dies 40 Jahre nach der militärischen Niederlage Nazi-Deutschlands und 30 Jahre nach dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum größten Militärbündnis der Geschichte – der NATO. Sie werden die Weltwirtschaftsordnung als eine Ordnung der „Freiheit“, den 8. Mai 1945 als Beginn des „Friedens“ und die NATO als Mittel zu deren „Verteidigung“ feiern.

Die Friedensbewegung weiß, daß die gigantische Aufrüstung der NATO den Frieden nicht sichert. Sie weiß, daß auch heute im Namen der Freiheit Kriege geführt werden. Sie weiß, daß dies geschieht, um die ungerechte Verteilung der Reichtümer dieser Erde zu erhalten.

Die Menschen in der sogenannten 3. Welt leiden täglich unter der „Ordnung“ der sieben und ihrer Partner. Sie sterben vor Hunger oder werden umgebracht, wenn sie einen kleinen Anteil am Glück fordern. Trotzdem wehren sie sich – verzweifelt aber zunehmend erfolgreich.

Sowohl in der „3. Welt“ als auch in den Industriestaaten werden die Probleme der Gesellschaft in erster Linie auf dem Rücken der Frauen ausgetragen. Frauen leisten 2/3 der Arbeit auf der Welt. Sie erhalten dafür 10% aller Einkommen und besitzen nur 1% der Produktionsmittel. Sie werden psychisch und physisch sexuell ausgebeutet (Sextourismus, Prostitution, sexueller Mißbrauch in der Ehe und am Arbeitsplatz). Die wirtschaftliche Unterdrückung von Frauen ist von zentraler Bedeutung für die Aufrechterhaltung dieses Weltwirtschaftssystems.

Die sieben nennen es „Terrorismus“. Sie nennen es „staatsfeindliches Chaotikum“, wenn Menschen in den reichen Ländern entdecken, daß auch sie unter der Weltwirtschaftsordnung leiden. Sie wollen jeden Widerstand, jeden Protest, jede Solidarität von vornherein ersticken.

Dazu kann niemand schweigen!

Seit Jahren gehören zu den Weltwirtschaftsgipfeln Proteste der Menschen, die wirklich Freiheit für die Unterdrückten und eine friedliche Welt wollen. 1984 demonstrierten in London 75.000 zum NATO-Gipfel. 1982 rief die Friedensbewegung zu einer Großdemonstration in Bonn auf. Seit damals hat sich die internationale Lage nicht verbessert. Der Frieden ist mit der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles nicht sicherer geworden. Neue Aufrüstungspläne und offensive Kriegsführungsdoktrinen bedrohen ihn mehr denn je.

Die Weltwirtschaftsordnung ist nicht gerechter geworden. Die soziale Verelendung in den Industrieländern wird immer greifbarer, das Elend der „3. Welt“ immer furchtbarer. Modelle friedlicher, gerechter Entwicklung wie im freien Nicaragua können sich nicht entfalten. Sie werden mit unerbittlicher Brutalität bekämpft.

Dazu werden wir nicht schweigen!

Wir werden die sieben und ihre Freunde anklagen. Wir werden deutlich sagen, daß wir mit ihrer Politik nichts zu tun haben. Wir werden Männern, Frauen und Bewegungen aus der „3. Welt“ eine Möglichkeit geben, ihre Forderungen gegen die verlogenen Erklärungen der sieben zu stellen.

Ein Tribunal wird ihrer Stimme während des Weltwirtschaftsgipfels in Bonn und in der internationalen Öffentlichkeit Gehör verschaffen. Wir werden sagen, daß die Flicks und Krupps, die IG Farben und andere, die den Nazi-terror finanzierten, auch heute noch die Nutznießer der Weltwirtschaftsordnung sind.

Aber wir haben keinen Grund, dies nur im Saal einigen hundert Menschen und einigen Dutzend Kameras und Mikrofonen zu sagen.

Wir werden die sieben auch auf der Straße begrüßen.

Wir werden unseren Protest mit einer Demonstration am 4. Mai in Bonn und unseren Widerstand mit Aktionen zivilen Ungehorsams während des gesamten WWGs deutlich machen.

Wir können nicht einsehen, daß der Landtagswahlkampf in NRW, die Ablehnung durch staatstragende Parteien oder die Hetze der Herrschenden uns daran hindern sollten, unser demokratisches Recht wahrzunehmen, dort zu demonstrieren, wo die sieben ihre Provokation veranstalten. Die Zivilcourage, dieses während des Weltwirtschaftsgipfels und am Ort des Geschehens in friedlicher, geordneter Weise zu tun, lassen wir uns nicht nehmen.

Tribunal und Demonstration sind Ausdruck eines einheitlichen politischen Willens.

Zu ihrer Planung und organisatorischen Durchführung hat sich seit geraumer Zeit ein Aktionsbündnis gebildet, das offen ist für alle, die die Politik von Reagan, Kohl und Co. ablehnen. Der Träger/innenkreis besteht derzeit aus: BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen), BUF (Bundeskongress unabhängiger Friedensinitiativen), Grüne, IKvu (Initiative Kirche von unten), autonomen Vertreter(n)innen einer Aktionskonferenz in Münster, Vertreterinnen der autonomen Frauenbewegung, Mittelamerikakomitees, DS (Demokratische Sozialisten), Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und dem Sprecher/innenrat der Bonner Friedensgruppen.

Wir rufen alle Menschen der Friedensbewegung dazu auf, gemeinsam unseren Protest gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Interventionspolitik zum Ausdruck zu bringen.

Es gibt ein Büro:

Aktionsbüro
Siegburger Straße 11
5300 Bonn 3
Tel.: 0228/ 47 44 00

Dort können Materialien bestellt werden: Aufruf, Plakat, Tribunalkonzept und Broschüren.

Aus den KA-Organisationen

HINWEIS:

Zum „Internationalen Gegengipfel“ (siehe S.15) gibt es einen Aufruf-Entwurf, der die politische Grundlage für diesen alternativen Weltwirtschaftsgipfel am 2.Mai bieten kann. Der Entwurf sowie Unterstützungserklärungen für die Initiative sind erhältlich bei:
Koordination „Internationaler Gegengipfel“,
c/o Volker Schewe, Königswinterer Str.507,
5300 Bonn 3.



Aus den KA-Organisationen

Koordinationskreis „Verweigerung“

Vorschläge zur Verweigerungskampagne

Einige Gruppen und Organisationen im Koordinierungsausschuß schlagen auf der Grundlage der Selbstverpflichtung weitere Aktionen zur Verweigerungskampagne vor. Im Aufruf zur Verweigerung aller Kriegsdienste und Kriegsvorbereitungen heißt es zur Begründung:

„Die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles sowie die verstärkte konventionelle und chemische Aufrüstung sind Ausdruck einer neuen offensiven Militärstrategie der USA und zunehmend ihrer NATO-Verbündeten. Der ALB-Plan, die Kriegsführungs- und Enthauptungsstrategien in der „Verteidigungsrichtlinie“ des Pentagon sowie der Plan von NATO-Oberbefehlshaber Rosers erhöhen insbesondere durch ihren Gesamtzusammenhang die Kriegsgefahr.“ Darüber hinaus hat sich gezeigt, daß in diesem Gesamtzusammenhang viel stärker als bisher das Bemühen zur Verbesserung der Zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes gesehen und thematisiert werden muß (z. B. das geplante neue Zivilschutzgesetz), deren Auswirkungen auf kommunaler Ebene immer spürbarer werden.

Neben dem Festhalten an der inhaltlichen Begründung für Verweigerung, bleibt Verweigerung auch weiterhin als politische Antwort, Aktion und persönliches Bekenntnis ein unverzichtbarer Bestandteil der Friedensarbeit, dessen Akzeptanz und Wirksamkeit auch innerhalb der Friedensbewegung weiterentwickelt werden muß.

ABER: vor die Aufforderung zur Verweigerung muß eine viel umfassendere Informationsarbeit als bisher treten.

— Unter dem Stichwort „Kommunalisierung“ der Friedensarbeit gilt es spezifische Anknüpfungspunkte vor Ort herauszuarbeiten und aufzugreifen, an denen sich der Zusammenhang von Aufrüstung im Rahmen einer offensiven Militärstrategie der NATO und der Militarisierung des täglichen Lebens erfahrbar machen läßt (Bunkerbau, Wintex/Cimex-Manöver, militärischer Landraub, ideologische Kriegsvorbereitung usw.)

Hervorgehend aus einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit über solche Zusammenhänge lassen sich dann konkrete Aktionen — auch der Verweigerung — entwickeln und vermitteln.

— Daneben gilt es spezifische Formen der Verweigerung (z. B. nach Art. 4,3 GG. Totale KDV, Zivildienstüberwachungsverweigerung, Rüstungssteuerboykott usw.) weiter zu propagieren.

— Informationen über und Kampf gegen das geplante neue Zivilschutzgesetz sollte — gerade in den nächsten Wochen — zum Bestandteil aller Aktivitäten gehören.

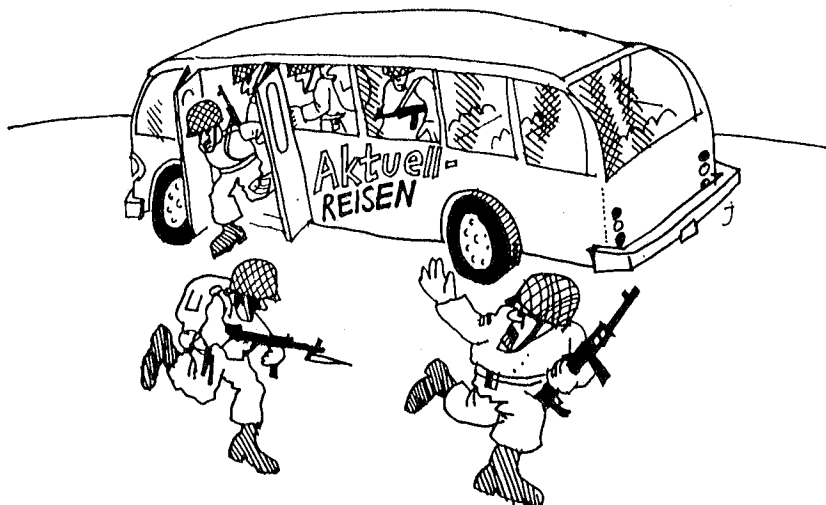
Koordination:

Um bei aller Betonung der notwendigen Entwicklung von Aktivitäten vor Ort zum jetzigen Zeitpunkt einen gewissen Zusammenhalt beizubehalten, wird es auch weiterhin eine bundesweite Kontaktstelle, einen Koordinationskreis von Organisationen und Initiativen und regelmäßige Treffen von Interessierten zur Diskussion und Erfahrungsaustausch geben.

Es ist geplant, auch in Zukunft zentrale Materialien anzubieten.

Neue Kontaktadresse:

Koordinationskreis „Verweigerung“
c/o Friedensladen Kassel
Bodelschwinghstr. 13
3500 Kassel
Tel.: 0561/772121 (14—18 Uhr)



Aus den KA-Organisationen

Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste — Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden

Arbeitnehmerschwerpunkte in nächster Zeit:

1) **Friedenskampagne** auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 5.—9. Juni 85 in Düsseldorf

Zahlreiche christliche Friedensorganisationen/gruppen führen auf dem Düsseldorfer Kirchentag — wie 1983 in Hannover mit den lila Tüchern — wieder eine zentrale Friedenskampagne durch unter dem Motto „Schafft Frieden durch Gerechtigkeit! — Die Erde gehört Gott“ (in Anlehnung an das offizielle Kirchentagsmotto „Die Erde ist des Herrn“) durch.

Ziel ist die endgültige „Beerdigung“ offizieller Thesen und Aussagen der Evangelischen Kirche z.B. zur Möglichkeit von Christen, Ja zu sagen zu Atomwaffen oder zur Frage des „Friedensdienstes mit und ohne Waffen“ und die Ersetzung dieser Aussagen durch verbindliche Friedensthese wie z. B.: Die Kriegsdienstverweigerung ist das heute einzig deutliche Friedenszeugnis/Eindeutige Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung/Absage an militärische Konfliktlösungen.

Diese Friedenskampagne geschieht in Zusammenarbeit mit der Rüstungsexportkampagne von zwölf evangelischen/katholischen Friedensorganisationen.

Der finanzielle Erlös der Kampagne soll zu gleichen Teilen an den Sonderfonds des Antirassismus-Programms des Weltkirchenrates und das Projekt einer Begegnungsstätte der Friedensbewegung vor dem Pershing II-Depot in Mulangen gehen.

Kontakte, Materialien, Aufruf etc. bei: Andreas Zumach, Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Jebensstraße 1, 1000 Berlin 12, Tel. 030 / 31 02 61 / Ulrich Frey, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Blücherstraße 14, 5300 Bonn, Tel. 0228/ 22 91 92 / Jürgen Schweitzer, Jugendbildungsstätte Hackhauser Hof, 5650 Solingen 11

2) **Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste; Aktivitäten zum 8. Mai:**

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste führt zum 8. Mai 85 eine zentrale Veranstaltung (am 9. oder 11. Mai in der Frankfurter Paulskirche) sowie zahlreiche dezentrale Aktivitäten durch unter dem Motto „Zum Frieden befreit — Versöhnung nach Auschwitz und Hiroshima“. Wir halten es für wichtig, daß bei Veranstaltungen zum 8. Mai vor allem auch Zeitzeugen und Überlebende aus Polen, Israel, der UdSSR und westeuropäischen Ländern auftreten und bieten Gruppen vor Ort an, bei der Vermittlung solcher Persönlichkeiten zu helfen. Wir bieten außerdem an: ein Plakat zum 8. Mai mit Eindruckfläche für die Ankündigung lokaler Veranstaltungen/ eine Predigthilfe/ eine (fast) vollständige Liste aller in diesem Zusammenhang wichtigen 40. und 50. Jahrestage im Jahre 1985.

Kontakt: ASF, A. Zumach, Jebensstraße 1, 1000 Berlin 12, 030/31026

Bundesschülervvertretung

Der Schwerpunkt der Bundesschülervvertretung nach ihrer Bundesdelegiertenkonferenz Ende März unter dem Motto „Schüler vertreten — Bildung erkämpfen — Bundesschülervvertretung stärken!“, im Bereich der Friedensarbeit ist der **8. Mai**.

Die Bundesschülervvertretung fordert Unterrichtsfrei für alle Schülerinnen und Schüler am 8. Mai. An diesem Tag sollen anstelle des normalen Stundenplanes Diskussionen, Informationsveranstaltungen, Aktionen usw. zum Thema „Befreiung vom Hitlerfaschismus“ an den Schulen laufen.

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz wird anhand eines entsprechenden Aufrufes dieser Tag vorbereitet.

Die Bundesschülervvertretung begrüßt in diesem Zusammenhang die Initiative der Kultusminister aus NRW und Hamburg, Schwier und Grolle, die zur Diskussion des 8. Mai vorgeschlagen haben, an allen Schulen Projekttag durchzuführen.

Weiterhin wird sich die Bundesschülervvertretung verstärkt für eine wirkliche Friedenserziehung und gegen Jugendoffiziere an den Schulen einsetzen.

Gordan Godec
Bundesvorstand

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.

Der seit gut einem Jahr bestehende Arbeitskreis „Ökologie und Militär“ des BBU untersucht die Auswirkungen atomarer und konventioneller Rüstung auf die Umwelt. Er weist damit auf die vielfältigen inhaltlichen Verknüpfungen zwischen den politischen Anliegen von Ökologie- und Friedensbewegung hin.

Arbeitsbereiche sind u.a.:

1. Landschaftsverbrauch und Landschaftszerstörung durch Militär (Manöver, Truppenübungsplätze etc.).
2. Militärischer Fluglärm
3. Militärische Bestimmtheit ziviler Verkehrsplanung
4. Zusammenhang ziviler und militärischer Atompolitik (WAA, Plutoniumproduktion, Atombombentests)
5. Militärische Transporte und Unfälle
6. Umweltgefährdung durch chemische und biologische Waffen.

Im AK „Ökologie und Militär“ des BBU können neben BBU-Mitgliedsinitiativen auch Gruppen außerhalb des BBU und interessierte Einzelpersonen mitarbeiten.

Der Rundbrief „Ökologie und Militär“ des Arbeitskreises behandelt die o.g. Themen und informiert über die aktuelle Entwicklung. Er ist zum Preis von DM 25,— (Jahresabo) beim BBU erhältlich.

Kontaktadresse des Arbeitskreises und Schriftleitung des Rundbriefes: Wolfgang Gühle, Uhlenhorster Weg 30, 2000 Hamburg 76 (Tel.: 040/229 86 13).

Aus den KA-Organisationen

Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)

Die Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) setzt einen Arbeitsschwerpunkt auf die Verweigerung von Kriegsdiensten. Dazu gehört:

- Am 1. April sind Tausende von Wehrpflichtigen auf dem Weg zu ihren Standorten. Die DFG-VK wird auf großen Bahnhöfen Flugblätter verteilen, in denen über das Grundrecht Kriegsdienstverweigerung informiert wird und die Wehrpflichtigen zur Wahrnehmung dieses Rechtes als Antwort auf Rüstungs- und Raketenpolitik der Bundesregierung aufgerufen werden.
- Am 24. April entscheidet das Bundesverfassungsgericht über das neue KDV-Gesetz. Zu befürchten ist eine Bestätigung der diskriminierenden und das KDV-Recht aushöhlenden Gesetzes. Dagegen werden Aktionen an Kreiswehersatzämtern, Parteibüros etc. vorbereitet.
- Vom 30. 4. bis 10. 5. sind auf Einladung der DFG-VK Opfer des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki zu Veranstaltungen in verschiedenen Orten in der Bundesrepublik.
- Am 27./28. April veranstaltet die DFG-VK zusammen mit vier Pädagogen-Friedensinitiativen in Köln den 3. Pädagogen-Friedenskongreß. Die DFG-VK wird insbesondere im Themenbereich Militarisierung des Bildungswesens mitarbeiten und ihre Alternativen sowie Handlungsmöglichkeiten (Verweigerung u. a.) einbringen.

Weitere Informationen und Bestellung des Zeitungsflugblatts „Mobilmachung“ zur Verweigerungskampagne bei: DFG-VK Bundesgeschäftsstelle, Schwanenstr. 16, 5620 Velbert 1, Telefon: 020 51/42 17.

Gustav-Heinemann-Initiative

Veröffentlichungen der Gustav-Heinemann-Initiative:

Bekommen wir eine andere Republik?

Bürgerfreiheit gegen Obrigkeitsstaat

Wer macht unsere Zukunft? Sind wir nur Marionetten?

Frieden retten — Frieden stiften

Frieden — Aufgabe der Deutschen

Recht zum Widerstand

Bürgerrechte 1984

Kronzeugen gegen die Nachrüstung

Gustav Heinemann, Atomwaffen, Reden im Deutschen Bundestag 23.1.1958 und 25.3.1958 — Tonkassette

Schafft eine, zwei, drei, viele atomwaffenfreie Zonen — Handreichung für Friedensgruppen und Friedensstreiter (Gruppe Friedensmanifest '82)

Ausländer sind Mitbürger (zusammen mit anderen Organisationen) Frauenhäuser in der Bundesrepublik (zusammen mit anderen Organis.) Werner Krusche, Schuld und Vergebung der Grundchristlichen Friedenshandeln (usammen mit anderen Organisationen)

Verfassungsbeschwerde gegen den Betrieb von Frühwarn- und Entscheidungssystemen für atomare militärische Auseinandersetzungen in Europa, eingereicht von W. Däubler, W. Gebhardt, K. Haefner, J. H. Siekmann, W. Steinmüller

„Unser Grundgesetz ist ein großes Angebot. Zum ersten Mal in unserer Geschichte will es in einem freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat der Würde des Menschen Geltung verschaffen. In ihm ist Platz für eine Vielfalt der Meinungen, die es in offener Diskussion zu klären gilt.“

Gustav Heinemann

Initiative Kirche von unten

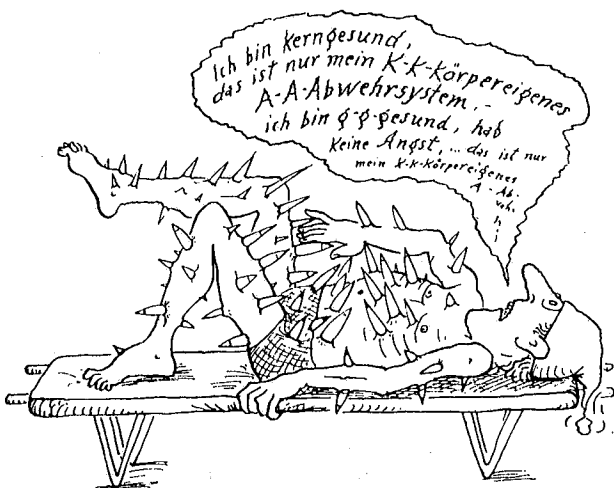
„Initiative Kirche von unten (IKvu), Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53 Bonn 1, 0228 / 69 21 65.

Die IKvu, gegründet 1980, koordiniert verschiedene basiskirchliche Initiativen und Aktivitäten. Friedensthematische Schwerpunkte: Basisbezogene Friedensarbeit vor Ort; Gewaltfreie Aktion und ziviler Ungehorsam; Antirüstungsexportkampagne; Verweigerungskampagne. 1985 Mitarbeit bei Weltwirtschaftsgipfel-Aktionen und Kirchentags-Friedenskampagne, (evtl. Sommercamp Hunsrück).

Publikationen unregelmäßig, zuletzt: Kirche lebt von unten. Selbstdarstellung und thematische Beiträge zum IKvu-Schwerpunkt (DM 4,—).

Literaturhinweis:

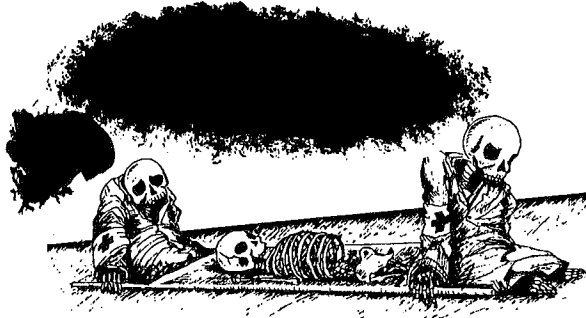
- Der neue Geist der Offensive. Zur Diskussion um AirLand Battle. Eine Argumentationshilfe. Hg. v. Verein f. Friedenspäd. u. ORL, Kornbergstr. 32, 7 Stuttg. 1.
- Soziale Verteidigung. Der gewaltfreie Weg. Hg. v. Versöhnungsbund Münster, (erhältl. für DM 3,— auf PGKto 226902-468 PGA Dortmund. W. Kluttig, Münster)



Aus den KA-Organisationen

Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS)

Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) führen vom 25.—29. März 85 in Bochum ihre Mitgliederversammlung durch. Dort werden weitere Aktionen für 1985 beschlossen. Für den 8. Mai 85 bereitet die VDS eine Veranstaltung mit internationalen Studentenvertretern vor.



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten

Gedenkveranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen zum 40. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg

Das Präsidium der VVN-Bund der Antifaschisten ruft die Öffentlichkeit auf, an den Veranstaltungen und Demonstrationen anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung von Faschismus und Krieg teilzunehmen und gibt dazu die nachfolgenden Terminhinweise heraus. (Bei den genannten Terminen handelt es sich um Veranstaltungen der Internationalen Initiative des Widerstandes und der Opfer des Nazismus und Faschismus, der Initiative 40. Jahrestag der Befreiung und des Friedens, von Lagergemeinschaften und Lagerkomitees sowie der Stadt Dortmund.)

5. April 1985, Mahnmahl in der Bittermark Gedenkfeier der Stadt Dortmund für die im Jahre 1945 ermordeten 280 Antifaschisten und Zwangsverschleppten aus zahlreichen Ländern Europas. Beginn 15 Uhr. Es sprechen u. a. OB Günter Samtlebe, Dr. Maurice Godstein, Präsident des Internationalen Auschwitzkomitees und ein Vertreter der Arbeitsdeportierten aus Frankreich.

5. April 1985, Dortmund, Westfalenhalle II, 18 Uhr, Kundgebung der Internationalen Initiative des Widerstandes und der Opfer des Nazismus und Faschismus, des Rombergpark-Komitees und der VVN-Bund der Antifaschisten mit Ansprache von Prof. Dr. Jürgen Redhardt, Vizepräsident der VVN-Bund der Antifaschisten und von Repräsentanten der Märtyrerstädte Lidice, Marzabotto, Distomon und Chotyn. Den Abschluß der Veranstaltungen bildet ein antifaschistisches Kulturprogramm. Weitere Informationen bei: VVN-Bund der Antifaschisten, Antifaschistisches Zentrum, Oestermarschstr. 59, 4600 Dortmund 1, Telefon: 0511/32 40 78.

28. April 1985, Dachau, Mahn- und Gedenkstätte, 9.30—10.30 Uhr Gottesdienste. 11.00 Uhr Begrüßung der Teilnehmer der Veranstaltung des Internationalen Dachaukomitees am ehemaligen Krematorium, anschließend Kranzniederlegung an der Mahn- und Gedenkstätte. Weitere Informationen bei: Dachaukomitee, Eugen Kessler, Anemonenstr. 30, 8000 München 1, Telefon: 089/690 32 74.

3. Mai 1985, Neustadt-Pelzerhaken, 18.00 Uhr, Mahn- und Gedenkveranstaltung der Internationalen Lagergemeinschaft Neuengamme für die Toten der „Cap Arcona“ und „Thielbeck“.

3. Mai 1985, Neumünster, 20.00 Uhr, Veranstaltung mit Überlebenden der „Cap Arcona“ und „Thielbeck“. Weitere Informationen bei: Fritz Bringmann, Generalsekretär der Internationalen Lagergemeinschaft des KZ Neuengamme, 2356 Aukrug, Bökerstr. 54, Telefon: 048 73/245.

4. Mai 1985, Kundgebungen und Demonstrationen der Initiative 40. Jahrestag der Befreiung und des Friedens in Hamburg, Köln und Frankfurt.

Weitere Informationen bei: Max Oppenheimer/Helmut Stein, 6000 Frankfurt, Rossertstr. 4, Telefon: 069/72 76 49.

5. Mai 1985, 10.30 Uhr, Mahn- und Gedenkveranstaltung der Internationalen Lagergemeinschaft Neuengamme am Ehrenmal für die ehemaligen Häftlinge des KZ Neuengamme und seiner Außenkommandos.

10.—12. Mai 1985, Papenburg/Ems, Internationales Symposium „Die Emslandlager in Vergangenheit und Gegenwart“. Weitere Informationen bei: Aktionskomitee für ein Informations- und Dokumentationszentrum Emslandlager e. V. Papenburg, Tel.: 049 61/49 71.

DGB-Jugend

Friedensstaffette von 1.—11. Mai '85 —

Anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus wird die DGB-Jugend ihre friedenspolitischen Vorstellungen stärker in der Öffentlichkeit darstellen. Im Zentrum der Aktivitäten steht die Forderung nach einem ABC-waffenfreien Europa und — als erster Schritt — die Errichtung einer 300 km breiten atomwaffenfreien Zone diesseits und jenseits der Blockgrenze, wie sie von der Palme-Kommission vorgeschlagen wird.

Entlang dem ungefähren Verlauf dieser Zone in der Bundesrepublik wird die DGB-Jugend mit einer Fahrrad-Friedensfahrt vom 1.—11. Mai mit Aktionen und Veranstaltungen für diese Forderung werben. Mit diesen Aktivitäten soll auch der Zusammenhang und die Ursachen von Hochrüstung auf der einen Seite, Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung auf der anderen dargestellt und Elemente einer alternativen Sicherheitspolitik thematisiert werden. Hergestellt werden soll die historische Verbindung zwischen dem 8. Mai 1945 und dem 8. Mai 1985, den Forderungen der Arbeiterbewegung an eine soziale und menschenwürdige Gesellschaft damals und heute.

Abschließen wird die Fahrrad-Friedensfahrt mit einer Großkundgebung am 11. Mai 1985 in Mainz. In einem „Friedensdorf“ in der Mainzer Innenstadt werden die Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend zu Frieden und Abrüstung dargestellt.

Nähere Einzelheiten bei: Deutscher Gewerkschaftsbund, Abteilung Jugend, Hans-Böckler-Str. 39, 4000 Düsseldorf 30, Tel. (0211) 4 30 11.

Aus den KA-Organisationen

OSTERMÄRSCHCHE '85

Die Vorbereitung der Ostermärsche '85 laufen derzeit auf Hochtouren. Überall in der BRD haben sich regionale und örtliche Vorbereitungskomitees gegründet, von denen wir im folgenden die regionalen Kontaktadressen auflisten.

Die Ostermärsche bieten die gute Möglichkeit, örtliche und regionale Friedensaktivitäten zu verbinden. Gerade in der gegenwärtigen Situation ist es von ungeheurer Bedeutung, die Ostermärsche zu einer unübersehbaren Absage an die Verharmlosungs- und Ablenkungsmanöver der Bundesregierung zu machen. Die Friedensbewegung ist weiterhin für viele Menschen unseres Landes ein wichtiger Hoffnungsträger. Das verpflichtet zu verantwortungsvollem Handeln. Ostern '85 wird die Friedensbewegung ihre zentralen Alternativen zur Aufrüstungspolitik der Bundesregierung formulieren:

— Für den Stopp der Stationierung und den Abzug der bereits stationierten Raketen.

Für den Stopp der Rüstungsausgaben.

Für ein Ende des Wettrüstens in Ost und West.

Die Friedensbewegung wird die Bundesregierung nicht aus der politischen Verantwortung entkommen lassen. Dabei helfen alle, die Ostern mitmarschieren.

Jede Friedensinitiative kann sich mit dieser regionalen Kontaktstelle in Verbindung setzen und dort alle wichtigen Informationen bezüglich Organisation, Vorbereitungsstand und mögliche Unterstützung bekommen.

Kontaktadressen

Schleswig-Holstein:

Zusammenarbeitsausschuß der Friedensbewegung in Schleswig-Holstein
Kirchhofallee 54
2300 Kiel 1
Tel.: 0431/673875

Hamburg:

Hamburger Forum
Innocentiastr. 21
2000 Hamburg 13
Tel.: 040/444748

Bremen:

Bremer Friedensforum
c/o Politischer Treffpunkt
Grünenweg 14
2800 Bremen 1
Tel.: 0421/324337, 327706

Niedersachsen:

Ostermarsch-AG der Friedensversammlung Hannover
c/o Bernhard Pfitzner
Sonnenweg 7
3000 Hannover 1
Tel.: 0511/815984

Ruhr:

Ostermarschbüro
Königswall 22
4600 Dortmund
Tel.: 0231/141153

Rheinland:

Ostermarschbüro
c/o Jungdemokraten
Roonstr. 69
5000 Köln 1
Tel.: 069/550895

Hessen:

Ostermarschbüro
Lersnerstraße 13
6000 Frankfurt/M. 1
Tel.: 069/550895

Rheinland-Pfalz:

Ostermarschkreis Rheinl.-Pfalz
c/o Ulrike Julius
Kaiserstr. 42
6500 Mainz
Tel.: 06131/228546

Saarland:

Koordination Saarländer gegen Atomraketen
c/o Gerhard Moses
Peter-Eich-Str. 122
Tel.: 06894/2135

Baden-Württemberg:

Landesberatung baden-württemb.
Friedensinitiativen
— Koordinationsbüro —
Waiblinger Str. 20 A
7000 Stuttgart 50
Tel.: 0711/560986

Bayern: (Nord)

Nürnberger Forum
c/o Hans J. Patzelt
Wittelsbacher Str. 4 a
8500 Nürnberg
Tel.: 0911/834543

(Süd)

Friedensbüro
Heßstr. 51
8000 München
Tel.: 089/525349

Aus den KA-Organisationen

Aktionsbündnis gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Bonn

Bisheriger Trägerkreis:

Bundeskongress unabhängiger Friedensgruppen (BUF)

Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)

Die Grünen

Evangelische Studentengemeinde (ESG)

Initiative Kirche von unten (IKVU)

Mittelamerika-Komitees

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie

Organisierte Frauenbewegung

Autonome Bonner Friedensgruppen

Demokratische Sozialisten

Das oben genannte Aktionsbündnis hat sich am 2. März auf gemeinsame Initiativen gegen den Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai in Bonn geeinigt.

Am Freitag, dem 3. Mai 1985 soll in der Godesberger Stadthalle ein Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel stattfinden. Betroffene von den Auswirkungen der bestehenden Weltwirtschaftsordnung sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland sollen zu den verschiedenen Aspekten der zerstörerischen Weltwirtschaftspolitik, wie sie von den zum Weltwirtschaftsgipfel versammelten Vertreterinnen und Vertretern betrieben wird, Stellung beziehen. Die Diskussion soll sich auf folgende Themenbereiche konzentrieren:

- 8. Mai 1985 — 40. Jahrestag der Niederschlagung des deutschen Faschismus
- Auswirkungen der herrschenden Weltwirtschaftsordnung in der sog. „3. Welt“
- Auswirkungen der herrschenden Weltwirtschaftsordnung in den Metropolen
- Militärische Absicherung der Weltwirtschaftsordnung
- Der Zusammenhang von Imperialismus und Patriarchat

Unser Protest und Widerstand gegen die bestehende Weltwirtschaftsordnung und den zum großen Teil organisierten Welthunger soll sich am Tag nach dem Tribunal ausdrücken. Dazu soll es eine aktionsbezogene Demonstration mit abschließender Kundgebung geben; während des gesamten Weltwirtschaftsgipfels sollen Aktionen zivilen Ungehorsams stattfinden.

Aktionsbüro gegen den Weltwirtschaftsgipfel

Siegburger Str. 11
5300 Bonn 3



Aus den KA-Organisationen

APPELL

für einen „Internationalen Gegengipfel“

Wenige Tage vor dem 40. Jahrestag der Beendigung des 2. Weltkrieges und der Befreiung vom Nationalsozialismus hat die Bundesregierung zum sogenannten Weltwirtschaftsgipfel nach Bonn eingeladen. Unter Führung der USA werden sich die sieben mächtigsten Industrienationen treffen, um ihre Politik gegen den Rest der Welt abzustimmen.

Die Bundesregierung will damit vergessen machen, daß zu den Opfern der nationalsozialistischen Barbarei außer Juden, Deutschen und Angehörigen anderer Völker auch weit über 20 Millionen Menschen der Sowjetunion gehören. Sie will es vergessen machen, damit das Feindbild stimmt, mit dem umso wirkungsvoller eine weitere Aufrüstungspolitik gerechtfertigt werden kann.

Den Sieben geht es nicht um die Lösung der brennenden Probleme der Welt. Ihnen geht es um die Sicherung ihrer egoistischen Wirtschafts- und Machtinteressen. Ungehemmtes Aufrüsten, eine selbstmörderische Umweltzerstörung sowie die Ausbeutung und Unterdrückung der Dritten Welt prägen ihre Politik, durch die auch in den eigenen Ländern Millionen Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Die Friedensbewegung kann dazu nicht schweigen!

Bei vergleichbaren Anlässen hat die Friedensbewegung auf eine solche politische Herausforderung mit gemeinsamen Aktionen geantwortet. Diese übten durch das Handeln in großer Breite Druck auf die Regierenden aus und fanden Unterstützung in der Bevölkerung.

Auch jetzt ist in wochenlangen Gesprächen von Organisationen und Gruppen versucht worden, eine gemeinsame Antwort der gesamten Friedensbewegung zu finden. Dabei hat sich herausgestellt, daß viele Gruppen der Meinung sind, unter den gegenwärtigen Bedingungen könne eine zentrale Demonstration in Bonn nicht die geeignete und überzeugende Antwort auf den Gipfel sein.

Es werden ernstzunehmende politische und praktische Gründe angeführt: Schwerpunktsetzung auf dezentrale Aktionen und Überzeugungsarbeit vor Ort, geringe Mobilisierungszeit, eine Fülle von Veranstaltungen aus Anlaß des 40. Jahrestages, Kräfteforderung durch Vorbereitungsarbeit für Ostermärsche, 1. Mai, Friedensstaffette der DGB-Jugend, Kirchentag, Kräfteabzug und politische Polarisierung durch den NRW-Wahlkampf u.v.m.

In den Diskussionen hat sich aber herausgestellt, daß es möglich wäre, einen gemeinsamen, breit getragenen „Internationalen Gipfel“ zu organisieren, wenn dieser als eigenständige politische Aktion angelegt ist. Dieser alternative Gipfel könnte eine öffentlichkeitswirksame politische Aussage der Friedensbewegung zum Auftakt des offiziellen „Gipfels“ sein.

Dafür bietet sich der Eröffnungstag des offiziellen „Gipfels“ an: An diesem Tag wäre die Antwort der Friedensbewegung besonders wirksam und wichtig. Größte Breite und Vielfalt der Unterstützung könnte erreicht werden. Der eigenständige Charakter der Veranstaltung wäre deutlich. Sie würde mit anderen Aktivitäten weder kollidieren noch konkurrieren.

Der „Internationale Gegengipfel“ ist damit eine Veranstaltung, die die Ziele und Forderungen der Friedensbewegung, die in vielen örtlichen und regionalen Aktionen vertreten werden, zusammenfassen und auch in Bonn zum Ausdruck bringen könnte. Deshalb sollen Delegationen von berufsbezogenen und lokalen Friedensinitiativen aus der gesamten Bundesrepublik teilnehmen, ähnlich wie es schon einmal im November 1983 beim „Parlament der Mehrheit“ mit großer öffentlicher Ausstrahlung gelungen ist.

Wir appellieren an alle Gruppen der Friedensbewegung, in dieser Situation mitzuhelfen, unser gemeinsames Engagement unabhängig von Parteien und über die Parteigrenzen hinweg sichtbar zu machen. Dafür brauchen wir ein demonstrativ geschlossenes Auftreten mit einem „Internationalen Gegengipfel“ am 2. Mai. Dort sollen jene zu Wort kommen, die von den katastrophalen Auswirkungen der militärischen, ökonomischen, sozialen und umweltzerstörenden Politik der sieben Gipfelstaaten betroffen sind und sich aktiv dagegen wehren, d.h. Sprecherinnen und Sprecher aus Nicaragua, Südafrika, Südamerika, der Sahel-Zone, Hiroshima, den USA und Westeuropa.

Wir haben in der Friedensbewegung gelernt, so miteinander umzugehen, daß sich alle Gruppen auch mit unterschiedlichen Handlungsansätzen einbringen können. Dadurch ist die Friedensbewegung stark geworden. Unsere Initiative ist in einer komplizierten Situation darauf gerichtet, gemeinsames und solidarisches Handeln zu ermöglichen. Damit dies gelingt, bitten wir euch alle um Unterstützung!

gez. Ellen Diederich (Frauen für den Frieden)
gez. Kurt Faller (VVN/BdA)
gez. Gerd Greune (DFG/VK)
gez. Gottfried Huba (Initiative Kirche von unten)
gez. Karin Junker (AsF)
gez. Karlheinz Koppe (Pax Christi)
gez. Achim Maske (KoFAZ)

gez. Klaus Scherenberg (BBU)
gez. Olaf Scholz (Jungsozialisten)
gez. Gabriele Witt (Gustav-Heinemann-Initiative)

Die in Klammern angegebenen Organisationen dienen der Information.

**Von unserer
hochgelobten Materialmappe
zur Situation in Zentralamerika**

Für Frieden und Gerechtigkeit in Mittelamerika

**ist noch ein Rest der Auflage vorhanden.
(Einzelpreis: 3,— DM + Porto)**

**Für 3.Welt-Gruppen gibt's sie (ab 20 Ex.)
zum Solidaritätspreis von 1,65 DM + Porto!**

Bitte ausschneiden (oder fotokopieren) und zurücksenden an:
KOORDINIERUNGS-AUSSCHUSS DER FRIEDENSBEWEGUNG
Dorotheenstr. 20, 5300 Bonn 1, Tel. 0028 / 69 29 04

Unterstützungs-Erklärung

Ich/Wir unterstütze/n die weitere Arbeit des Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung.
Ich/Wir möchte/n auch im Jahr 85 sämtliche Materialien des KA erhalten.

Name: _____ Anschrift: _____

Organisation: _____

Funktion: _____ Telefon (wichtig!) _____

Den UNTERSTÜTZER-BETRAG von DM _____ (50,— mind.) habe/n ich/wir am _____

☐ überwiesen auf

☐ Gerd Greune, Sonderkto. Frieden (KA)
Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00)
Konto-Nr. 87 783

☐ Gerd Greune, Sonderkto. F
Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50)
Konto-Nr. 7991-501

☐ Dieser Antwort beigelegt als

☐ Scheck

☐ Bargeld